

Und die Welt hielt den Atem an

MAGAZIN

Oktober 2019 • 69. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Es war einmal“, so beginnen viele Märchen der Gebrüder Grimm. Auch eine deutsche Wiedervereinigung erschien zu Beginn des Jahres 1989 noch wie ein Märchen. Die zunehmende Unzufriedenheit mit den politischen Eliten, die Unfähigkeit der SED Reformen umzusetzen, trieb die Menschen in der DDR im Herbst jedoch zehntausend- und hunderttausendfach auf die Straße. Sie forderten Meinungs- und Reisefreiheit und freie Wahlen. Zur gleichen Zeit wanderten viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger in den Westen ab. Die friedliche Revolution in der DDR verlief erfolgreich. Sie führte zum Mauerfall am 9. November 1989 und mündete am 3. Oktober 1990 schließlich in der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Mauerfall veränderte das Leben und Lebenspläne vieler Menschen und er veränderte den vbob. Die Erweiterung des Organisationsbereichs zunächst durch die Zusammenarbeit mit dem Verband der Beschäftigten der oberen Verwaltungsbehörden in der DDR (VBOVB) und schließlich die Gründung von vbob Fachgruppen vor Ort rundeten das Bild des vbob ab.

Die wirtschaftliche Basis der DDR sollte beginnend mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab dem 1. Juli 1990 erneuert werden. Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und die Privatisierung der volkseigenen Betriebe führten zu einem tief greifenden Wandel, in dessen Zuge viele Arbeitsplätze abgebaut wurden. Das Bild der östlichen Bundesländer hat sich seither erheblich geändert und heute sprechen wir bundesweit über die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Die aktuelle Bundesregierung hat im Juni 2018 gar eine gleichnamige Kommission eingerichtet, deren Abschlussbericht und Maßnahmenkatalog vorliegt. Die Regionen Deutschlands unterscheiden sich – in ihrer Infrastruktur, wirtschaftlichen Struktur und ihren Rahmenbedingungen für Wachstum. Die Bundesregierung plant eine gerechte Verteilung von Res-

sourcen. Ebenfalls im Juni 2018 hat die Bundesregierung die Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die sog. Kohlekommission beschlossen. Im Abschlussbericht wurde der Kohleausstieg auf das Jahr 2038 und zahlreiche Ausgleichsmaßnahmen für die betroffenen Braunkohlereviere festgehalten.

In beiden Berichten wird die Ansiedlung von Bundesbehörden als geeignete Maßnahme angesehen. Der vbob fordert bei allen notwendigen Überlegungen zur Unterstützung vom Strukturwandel betroffener Regionen, die zukünftige Handlungsfähigkeit der Behörden im Auge zu behalten und mit Augenmaß vorzugehen. Für eine erfolgreiche Neuansiedlung bedarf es darüber hinaus neuer Stellen und guter Rahmenbedingungen für die Beschäftigten vor Ort.

Wenn im Deutschen Bundestag von der Haushaltswoche die Rede ist, geht es weniger um Kochen, Putzen oder Waschen; es geht um Geld und Stellen. Die Bundesregierung setzt mit ihrem Haushaltsentwurf die Prioritäten für das Handeln der Behörden. Die Politiker verteilen die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundeshaushalts und statten die Ressorts für das kommende Jahr mit den finanziellen und personellen Ressourcen aus. Ohne Bundeshaushalt kein staatliches Handeln und damit kein Planen und ordnungsgemäßes Umsetzen der übertragenen gesetzlichen Aufgaben.

Für Gewerkschaften sind die Haushaltsverhandlungen deshalb ein zentrales Thema, um den vertieften Dialog mit der Politik zu suchen. Es ist nicht immer einfach, einen Termin mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu vereinbaren. In den bereits gut gefüllten Terminkalendern der MdBs Martin Gerster, Thomas Jurk, Johannes Kahrs, Eckhard Rehberg und Markus Uhl konnte bereits ein Zeitfenster für den vbob gefunden werden. Sämtliche Parlamentarier zeigten sich durchweg interessiert und offen für die vorgetragenen Anliegen.

Dieses Interesse am Dialog mit den Vertretern des vbob und diese Offenheit für die Anliegen der Bundesbeschäftigten wünsche ich mir bei allen für die Bundesverwaltung verantwortlichen Stellen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, der Sommer ist für dieses Jahr unwiderruflich beendet. Ich wünsche Ihnen einen goldenen Herbst.

Der vbob wird die Zeit nutzen, um Ihre Themen vom Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz über den Bundeshaushalt bis hin zur Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten weiterzuverfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

> Inhalt

> Titelthema:	
30 Jahre friedliche Revolution	
Die Welt hielt den Atem an	4–8
> Besuch der dbb jugend berlin im Bundeskanzleramt	9
> Im Dialog	
Alle Räder stehen still ...	10
> Pensionärstreffen	11
> Kommentierte Pressestimmen	12

> dbb

> Staatliche Infrastruktur	13
> Kritik an der Beihilfe zurückgewiesen	13
> Digitalisierung der Verwaltung:	
X-Road to the future – Estland geht online	14
> pro & contra	
Braucht Deutschland eine „Ost-Quote“ für die Besetzung von Spitzenpositionen im öffentlichen Dienst?	16
> 30 Jahre nach der Wende – Geschichtsunterricht	18
> Steuerpolitik: Solidaritätszuschlag: Der Anfang vom Ende?	21
> akademie: Jahresprogramm 2020	22
> frauen: Feministische Herbststürme	24
> jugend: Appell für einen Dialog im eigenen Land	28
> nachgefragt bei Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	30
> online: Kulturerlebnis 4.0	32
> Freude am Ehrenamt	35
> 5. Seniorenpolitische Fachtagung „Wohnen im Alter“	37
> service für dbb mitglieder	38
> fall des monats	39
> arbeitnehmerrechte: Digitalisierung – Arbeit 4.0	40
> Lehrermangel an Grundschulen	42
> interview	
Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble	44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundvorsitzende:** Rita Bering. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © Archiv Siegfried Geißler.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin)** und **Preisliste 39 (vbob Magazin)**, gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage dbb magazin:** 589 649 (IVW 2/2019). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



30 Jahre friedliche Revolution Die Welt hielt den Atem an

Es gibt Ereignisse, an die man sich sein Leben lang erinnert. Man weiß genau, was man zu diesem Zeitpunkt gerade tat oder wo man sich aufhielt. Der Mauerfall 1989 ist für viele Menschen ein solches Ereignis. Mit der Grenzöffnung am 9. November ebnete die friedliche Revolution der Menschen in der DDR den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands.

1989 war politisch gesehen unbestritten das Jahr mit großen Veränderungen in der DDR und dem Ostblock. Ein knappes Jahr reichte auch den Bürgerinnen und Bürgern aus, um das SED-Regime in der DDR in die Knie zu zwingen. Spätestens mit dem Abbau der Grenze zwischen Ungarn und Österreich wurde der Eisernen Vorhang durchlässiger.

Viele DDR-Bürger nutzten diese Möglichkeit und setzten sich in den Westen ab. Die Bille aus der Prager Botschaft haben ebenfalls heute noch viele vor Augen. Das gilt ebenso für die Leipziger Montagsdemonstrationen. Besonders eindrucksvoll – die rasend steigende Teilnehmerzahl im Oktober 1989. Demonstrierten am 2. Oktober 20 000 Menschen, so waren drei Wochen später bereits 300 000 Demonstranten auf den Straßen Leipzigs. Der überwiegend friedliche Protest verbreitete sich im gesamten Land. Auch in Dresden, Frankfurt/Oder, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Schwerin und Zwickau, um nur einige zu nennen, demonstrierten Zehntausende für ihren Wunsch nach Reformen. In Berlin auf dem Alexanderplatz fanden sich schließlich

mehr als 500 000 ein. Der Ruf nach Freiheit und Demokratie verbreitete sich unaufhaltsam, die politische Wende war nicht mehr aufzuhalten.

> „Wir sind das Volk!“

Bereits im November 1989 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl dem Deutschen Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur Angliederung der DDR an die Bundesrepublik, mit dem Ziel der „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ vorgestellt. Anfang Dezember 1989 tritt das Politbüro des ZK der SED nach massiven Protesten geschlossen zurück. Die DDR-Bürger fordern freie Wahlen – und mehr. Der Ausruf „Wir sind das Volk!“ wird zum Schlagwort auf dem Weg zur Wiedervereinigung. In den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 ist es dann so weit, die Bürgerinnen und Bürger der DDR dürfen ihre Regierung frei wählen.

In der Folge wird der Ruf nach der Einheit Deutschlands lauter. Auch immer mehr Politiker beider Staaten fordern den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Am 5. Mai 1990 begannen in



Historisches Treffen: die geschäftsführenden Vorstände von VBOVB und VBOB bei ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am 19. Mai 1990 in Berlin. Kurt Kleff (Mitte) der Bundesvorsitzende des VBOB, rechts neben ihm P. Klopfer, Vorsitzender des VBOVB.

Bonn die sogenannten „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ und am 1. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Der Einigungsvertrag für den Beitritt der DDR wird am 31. August 1990 von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günter Krause unterzeichnet. Die Volkskammer der DDR und der Deutsche Bundestag stimmten dem Vertrag am 20. September zu. Am 24. September 1990 verlässt die DDR den Warschauer Pakt, am 2. Oktober wird die Volkskammer aufgelöst. Das offizielle Datum des Tages der Deutschen Einheit ist der 3. Oktober 1990, der landesweit von der Bevölkerung gefeiert wird.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker verkündet zu diesem Anlass:

„Die Einheit Deutschlands ist vollendet. Wir sind uns unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“

Forderung nach freien Gewerkschaften

Parallel zu dem Geschehen auf der politischen Bühne fanden zahlreiche Aktivitäten auf der gewerkschaftlichen Ebene statt. Der vbob hat die Entwicklung in der DDR von Beginn an mit großem Interesse verfolgt. Bereits Anfang 1990 wurden die ersten Kontakte geknüpft. Mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gab es im Osten eine zentralistisch und hierarchisch geführte Gewerkschaft.

In den Gesprächen lag das Augenmerk daher darauf, die Vorstellungen von freien, unabhängigen und demokratisch organisierten Vereinigungen darzustellen. Nicht von oben herab, wie Kurt Kleff, der Bundesvorsitzende des vbob stets hervorhob, sondern als Hilfe und zur Unterstützung beim

Aufbau demokratischer Gewerkschaften in der DDR.

Am 24. Februar 1990 trafen sich in Berlin rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Gründungskongress des Interessenverbandes „Beamtenbund in der DDR“. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Werner Hagedorn, Gast der Veranstaltung, erklärte, dass man keine weisen Ratschläge geben, sondern die Gemeinsamkeiten herausarbeiten wolle und den Interessenverband bei seiner Arbeit unterstützen werde. Mit dem Engagement für einen starken leistungsfähigen öffentlichen Dienst, für Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit werden die gleichen Ziele verfolgt. Schnell wuchs der IBB auf 100 000 Mitglieder an, obwohl sich der Verband seinerzeit in höchstem Maße unsachlicher Kritik von DGB und FDGB ausgesetzt war.

Die Zusammenarbeit beginnt

Auch die Mitgliedsverbände des Deutschen Beamtenbundes waren nicht untätig und haben mit Berufskolleginnen und -kollegen in der DDR entsprechende DBB-Organisationen gegründet. Am 11. April hat sich der Verband der Beschäftigten der oberen Verwaltungsbehörden in der DDR (VBOVB) gegründet. Am Gründungstag konnte der VBOVB bereits 600 Mitglieder verzeichnen. Organisiert wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zentralverwal-

tungen der DDR. VBOB und VBOVB hatten von Beginn an eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Wie der VBOB Mitgliedsverband des DBB, so war der VBOVB mit dem IBB verbunden und mehrere seiner Vorstandsmitglieder waren auch im Vorstand des Interessenverbandes tätig.

Der Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes, Peter Klopfer, erklärte:

„Es geht darum, mit leistungsfähigen und leistungswilligen Mitarbeitern, für die ein Beamtenstatus angestrebt wird, den demokratisch erneuerten Staat zu verwalten und dafür die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.“

Der VBOB hat den VBOVB kollegial und materiell bei dem organisatorischen Ausbau des Verbandes und der Arbeit der Fachgruppen unterstützt. Zwischen den beiden Verbänden entwickelte sich eine vielseitige Zusammenarbeit, aber auch die fachbezogenen Kontakte zwischen den Behörden wurden aktiv begleitet.

Die Bewährungsprobe für den VBOVB lag besonders in den zu erwartenden großen Veränderungen durch den Umbau der Verwaltung, das notwendige Umdenken, neue Arbeitsinhalte und -prozesse. Thema auch für den VBOB. **So forderte Kurt Kleff:** „Die Grundsatzentscheidung über die Struktur des künftigen öffentlichen Dienstrechts in der DDR muss im Inter-

esse einer möglichst baldigen Zusammenführung beider deutscher Staaten umgehend getroffen werden, auch um stabile Rechtsverhältnisse – nicht nur aus Sicht der Beschäftigten – zu schaffen.“

Der VBOB gab die nachstehende Erklärung zur deutschen Einheit ab (Foto Seite 6).

Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit entbrannte im VBOB frühzeitig die Diskussion um die Hauptstadtfrage. Sie stand für viele Kolleginnen und Kollegen in Bonn und Berlin im Einigungsprozess, aufgrund der persönlichen Betroffenheit, selbstverständlich an erster Stelle. Entschieden wurde sie im August 1990 im Einigungsvertrag, der Berlin als Hauptstadt bestimmte. Zahl- und Umfangreich waren die Fragen und Sorgen der Mitglieder, die schon frühzeitig an den VBOB herangetragen wurden. Die Entscheidung der Verfassungsorgane über deren Standort werde der VBOB respektieren, werde sich nach der Entscheidung jedoch dazu positionieren und Beteiligungsrechte in Anspruch nehmen. Unabhängig davon, welche Entscheidung getroffen werde, wies der VBOB auf die große organisatorische Herausforderung, die Neustrukturierung der Bundesregierung, die Integration der DDR-Ministerialverwaltungen und sonstigen zentralen Behörden hin.

In seinen Gesprächen verwiesen die Vertreter des VBOB ebenfalls auf sich abzeichnende Benachteiligungen von Beschäftigten in den DDR-Ministerien, die sich dem VBOVB oder anderen demokratischen Gewerkschaften angeschlossen hatten. In den Verwaltungen herrschten weiterhin noch die alten Strukturen des FDGB. Dieses führte zu Nachteilen beim aktuellen Abbau der Personalüberhänge in den Verwaltungen. Die Intervention des VBOB war eine hilfreiche Unterstützung der Beschäftigten, die sich bereits frühzeitig für

die Demokratisierung und den politischen Pluralismus in der DDR ausgesprochen hatten.

Die Zusammenarbeit zwischen dem VBOB und dem VBOVB gestaltete sich positiv. Die Vorstände beider Vereinigungen trafen sich im Mai 1990 in Berlin. Neben der Vereinbarung der materiellen und sachlichen Unterstützung wurden die zahlreichen inhaltlichen berufspolitischen Fragestellungen erörtert.

Die Überlegungen zur deutschen Einheit und den damit verbundenen berufspolitischen Fragen waren im Sommer 1990 seit Monaten das beherrschende Thema der gewerkschaftlichen Arbeit. Somit standen sie auch im Mittelpunkt der Sitzung des Bundeshauptvorstandes des VBOB im Juni 1990. Eingeladen war auch der Vorsitzende des VBOVB, Peter Klopfer, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Probleme der Mitglieder seines Verbandes informierte. Insbesondere die bestehenden Personalüberhänge, die abgebaut oder umgeschichtet werden müssten, um effiziente Verwaltungsstrukturen zu erreichen, beschäftigten den VBOVB.

Dringenden Regelungsbedarf sah Klopfer in einem nach freiheitlichen und demokratischen Grundsätzen ausgerichteten Personalvertretungsgesetz.

■ Verschmelzung zu einem Verband

Ein wegweisender Meilenstein für den VBOB war der 1. August 1990. Um den Willen zur deutschen Einheit zu demonstrieren und aus verbandspolitisch organisatorischen Gründen sind ab diesem Zeitpunkt die Mitglieder des VBOVB Vollmitglieder im VBOB. Vorausgegangen waren gründliche Verhandlungen mit den Vorständen der Bezirksgruppe Berlin des VBOB und dem VBOVB sowie einer intensiven

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

täglich erreichen uns Anfragen und Anrufe besorgter Mitglieder nach der Haltung des VBOB zur Hauptstadtfrage und den sich daraus ergebenden persönlichen Problemen für die Mitarbeiter bei den obersten Bundesbehörden in Bonn. Wir wollen uns weder an Spekulationen beteiligen noch wollen wir politischen Entscheidungen vorreifen. Wir wollen aber unsere Vorstellungen offensiv vertreten. Die nachstehende Erklärung haben wir inzwischen veröffentlicht.

VBOB zur deutschen Einheit

1. Der VBOB unterstützt die Initiativen zur Schaffung der Deutschen Einheit.
2. Vor allem die Beschäftigten der Bonner Ministerien sind hier gefordert, die Anforderungen der Politik in die Praxis umzusetzen. Sie tun dies engagiert, unter erheblichem Zeitdruck und Zeitaufwand.
3. Die Bonner Beamtenschaft hat vor 40 Jahren unter schwierigsten Verhältnissen einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau unserer Bundesrepublik geleistet. Sie hat wesentlich mit dazu beigetragen, aus Bonn das zu machen, was es heute ist – eine in der ganzen Welt angesehene Bundeshauptstadt, die Hauptstadt eines friedlichen, demokratischen und sozialen Staates.
4. Die Bonner Ministerialbeamten sind erneut bereit, ihren Beitrag zu leisten, um alsbald ein auf freiheitlich demokratischer Grundordnung beruhendes einziges Vaterland zu schaffen.
5. Der VBOB wird Organisationsentscheidungen der Verfassungsorgane respektieren.
Bei einer Standortwahl für die künftige Hauptstadt erwarten wir, daß sachliche Erwägungen Ausschlag geben. Kostengründe sollten mit Blick auf den Steuerzahler und die bevorstehenden großen finanziellen Anforderungen beim Aufbau der DDR nicht außer Acht gelassen werden.
6. Bei aller Freude über die Fortschritte bei der Schaffung der nationalen Einheit breiten sich Sorgen über das persönliche berufliche Schicksal aus. Dies mit Recht.
Die Bonner Beamtenschaft hat ihre Mobilität mehrfach unter Beweis gestellt. Die Bediensteten der Ministerialverwaltung kommen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Das Eingliedern in Bonn war bereits mit erheblichen Belastungen verbunden.
7. Die Beschäftigten im Bundespräsidialamt und im Kanzleramt, beim Deutschen Bundestag, in den Bundesministerien sowie beim Bundesrat erwarten:
 - baldmöglichst ein klärendes Präsidenten- und Kanzlerwort.

Wir fordern:

- die Übernahme unseres bewährten Beamten- und Tarifrechts,
- die Übernahme unserer Beteiligungsrechte nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz,
- ausreichende Fürsorgemaßnahmen für die betroffenen Bediensteten,
- eine den neuen Aufgaben, Anforderungen und Erfordernissen angepaßte Bezahlung.

Wir unterstützen:

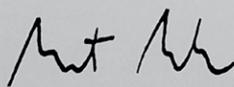
- Bestrebungen in der DDR nach Gewerkschaftspluralismus sowie die Bildung einer unabhängigen Interessenvertretung mit dem Ziel der Einführung des Beamtenverhältnisses im öffentlichen Dienst in der DDR.

Der VBOB hat eine Arbeitsgruppe gebildet, der neben dem Bundesvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Berlin je ein Vertreter aus den Fachgruppen Bundeskanzleramt/Bundespräsidialamt, Bundesminister des Innern, Innerdeutsches Ministerium sowie Bundeskriminalamt Meckenheim angehören. Diese Gruppe wird zu aktuellen Fragen Konzepte entwickeln sobald jeweils greifbare Aussagen möglich sind.

Sicherlich wollen unsere Kolleginnen und Kollegen aus vielen Gründen in Bonn bleiben. Wir werden dies unterstützen. Wir werden uns vor allem auch dagegen wehren, daß Behörden ausgetauscht werden. Sicherlich wird nach einer Einheit der Anspruch erhoben werden, auch Bundesbehörden im Gebiet der jetzigen DDR anzusiedeln. Dies wird noch mit erheblichem Aufwand verbunden sein. Wir werden uns dafür einsetzen, daß

- die derzeitigen Standorte aller nachgeordneten Bundesbehörden erhalten bleiben,
- neuzuschaffende nachgeordnete gemeinsame Gremien und Behörden im Bereich der jetzigen DDR angesiedelt werden, bis ein Ausgleich in etwa erreicht worden ist.

Ihr



Kurt Kleff

Diskussion im Bundeshauptvorstand.

Der VBOVB ist seit seiner Gründung im April auf rund 1 700 Mitglieder angewachsen. In den 16 DDR-Ministerien und zentralen Stellen waren bereits Fachgruppen gebildet. Daneben gab es in weiteren Ministerien Einzelmitglieder. Der VBOVB blieb trotz der

neuerlichen Entwicklung zunächst bestehen und war für die besonderen Belange der Mitglieder in der DDR zuständig. Er sollte so lange bestehen bleiben, bis die besonderen Themen im dienstrechtlichen sowie organisatorischen Bereich abschließend geregelt wären. Erhalten blieb auch die Bezirksgruppe Berlin – der Zusammenschluss der einzelnen

Mitglieder aus den Bundesbehörden in Berlin. Die berufsspezifischen Interessen der Bezirksgruppe und der Fachgruppen in der DDR waren sehr unterschiedlich. Trotz dieser Unterschiede arbeitete man eng zusammen, und dem unermüdlichen Einsatz des Vorstandes der Bezirksgruppe war es zu verdanken, dass sich der VBOVB schnell etablieren konnte.

■ Der Umzug musste organisiert werden

Nachdem die Hauptstadtfrage im Einigungsvertrag geklärt war, ging es für die zahlreichen Mitglieder in der Bonner Ministerialverwaltung des VBOB um die Frage des Regierungs- und Parlamentssitzes. In der Entscheidung des Bundeshauptvorstandes vom 1. Dezember 1990 bekannte sich der VBOB zur Bundesstadt Bonn als Regierungssitz.

Heute wissen wir, dass die Geschichte anders geschrieben wurde. Der VBOB reagierte mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein. Die politische Entscheidung des Parlaments wurde akzeptiert, forderte jedoch für die Beschäftigten, dass die Belastungen für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei einem Umzug nach Berlin abzufedern seien und selbstverständlich sozialverträgliche Lösungen vereinbart werden müssten.

Die Probleme zur Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin würden schwerwiegende Folgen für die Region und die Betroffenen haben und müssten mit einem Gesetz geregelt werden.

Seit Mitte 1990 waren viele Kolleginnen und Kollegen der Obersten und Oberen Bundesbehörden mit Aufgaben im Zusammenhang mit der deutschen Einheit befasst. In vielen Bereichen ging es um das Auflösen und Abwickeln.

Die gesamten Ministerien wurden aufgelöst. Ehemals zentrale Verwaltungseinheiten wurden dezentralisiert. Andere Behörden wie beispielsweise der Wetterdienst mit seinen 25 Außenstellen in der ehemaligen DDR mussten integriert werden. Behörden wie die Bundesvermögensverwaltung (heute Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) mussten mit einem hohen Personalbedarf neu aufgebaut werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich schon frühzeitig eingebracht und beim Aufbau einer auf rechtsstaatlichen Grundsätzen basierenden Verwaltung im neuen Bundesgebiet unterstützt. Erwähnt werden sollten aber auch die Beschäftigten, die durch ihren Leistungswillen die dadurch aufgetretenen Personalengpässe aufgefangen haben. Der Aufbau einer gemeinsamen und funktionsfähigen gesamtdeutschen Bundesverwaltung konnte nur gelingen, da viele der Beschäftigten aus Ost und West sich mit großem Engagement in die Herausforderung „gestürzt“ haben.

Im Folgenden berichtet der Ehrenvorsitzende des vbob, Hartwig Schmitt-Königsberg, über seine Erfahrungen am Beispiel des Statistischen Bundesamtes:

- > Im Rahmen der Deutschen Einheit wurden die Mitglieder des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) dem DGB zugeschrieben. In diesem Fall wurden die Statistiker, die dem FDGB angehörten, ohne eigenes Zutun in die ÖTV überführt, die dadurch stärkste Kraft wurde. Daneben gab es unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des StBA noch Mitglieder des VBOB, der damals noch selbstständigen DAG und von freien Listen.
- > In der Zweigstelle (West-) Berlin gab es eine starke Behördengruppe unter dem Dach der Bezirksgruppe Berlin des VBOB. Der VBOB rühr-

te in Vorbereitung der ersten gemeinsamen Personalratswahlen mit tatkräftiger Unterstützung der Fachgruppe im StBA Wiesbaden (Rudi Riedel) die Werbetrommel, führte gut besuchte Informationsveranstaltungen am Alexanderplatz durch und gewann durch Austritte aus der ÖTV schnell viele neue Mitglieder.

- > Um die Erfolgsaussichten bei den ersten Personalratswahlen zu verbessern, wurde mit viel Überzeugungsarbeit eine gemeinsame VBOB-Liste gebildet, wobei die Listenplätze durchgängig im Wechsel mit Kandidatinnen beziehungsweise Kandidaten aus der ehemaligen Zweigstelle Kurfürstenstraße und dem Statistischen Amt besetzt werden sollten, obwohl der Anteil der Mitglieder „Ost“ damals nur ungefähr ein Drittel betrug.
- > Dieser Vorschlag des Vorstandes der Behördengruppe (Rosemarie Tillner, Hartwig Schmitt-Königsberg) wurde nach intensiven Diskussionen angenommen. Da sich die Mitglieder gegenseitig nur flüchtig bzw. noch nicht kannten, wählten bei dieser Wahl als Besonderheit die Mitglieder „West“ und „Ost“ jeweils die Kandidaten für „ihre“ Listenplätze.
- > Der erhoffte Erfolg stellte sich ein: Der VBOB gewann diese Wahl und stellte mit Rosemarie Tillner die erste Personalratsvorsitzende und mit Hartwig Schmitt-Königsberg den Beamtensprecher und stellvertretenden Vorsitzenden des ÖPR.

Der schwierige Prozess des Zusammenwachsens war auf einem guten Weg, da mussten die Kolleginnen und Kollegen erfahren, dass die Zweigstelle des StBA in Berlin als Kompensation für den Umzug der Ministerien neben rund 20 weiteren Bundesbehörden nach Bonn verlagert werden sollte. Um sich Gehör gegenüber den Entscheidungsträgern für den



© PhotoFiegl

„Im Vorfeld der langen nicht absehbaren deutschen Einheit gehörte ich der gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Statistischen Zentralverwaltung und des Statistischen Bundesamtes (StBA) an. In Vorbereitung der Währungsunion sollten die beiden unterschiedlichen Systeme harmonisiert werden. Das DDR-System sollte dem bundesdeutschen System angepasst werden und die Statistische Zentralverwaltung wurde nach dem Vorbild des StBA neu organisiert und erhielt die Struktur des Pendant in Wiesbaden. In diesem Zuge erfolgte auch die Umbenennung in ‚Statistisches Amt der DDR‘.“

Regierungsumzug zu verschaffen, bildeten die Berliner Personalräte in den vom Umzug nach Bonn betroffenen Bundesoberbehörden eine Arbeitsgruppe.

Das Berlin/Bonn-Gesetz

Im Berlin/Bonn-Gesetz (Langtitel: Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands) regelte der Deutsche Bundestag unter anderem den Umzug von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin sowie den Umzug von Bundesbehörden und anderen Bundeseinrichtungen in die Bundesstadt Bonn. Es ist eine Folge des sogenannten Hauptstadtbeschlusses vom 20. Juni 1991, in dem Berlin auch zum Regierungssitz bestimmt wurde. Hauptstadt des vereinigten

Deutschlands war Berlin bereits mit dem Einigungsvertrag zum 3. Oktober 1990 geworden. Das Berlin/Bonn-Gesetz wurde am 26. April 1994 verabschiedet.

Das Berlin/Bonn-Gesetz legt fest, welche Bundesministerien in die Bundeshauptstadt umziehen sollten. Zudem gibt es der Stadt Bonn Zusagen über den Erhalt des Politikstandortes Bonn, für den „der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien [...] erhalten bleibt“ (§ 4 Abs. 4). Außerdem darf Bonn seit der Verkündung des Berlin/Bonn-Gesetzes den deutschlandweit einmaligen Namenszusatz „Bundesstadt“ führen. Die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes erfolgte schrittweise. Den Höhepunkt erreichte der Umzug 1999 mit dem Wechsel des Bundestages in das Reichstagsgebäude in Berlin. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt wechselten zwei der über 20 Bundesbehörden aus Berlin und dem Rhein-Main-Gebiet nach Bonn: der Bundesrechnungshof und das Bundeskartellamt.

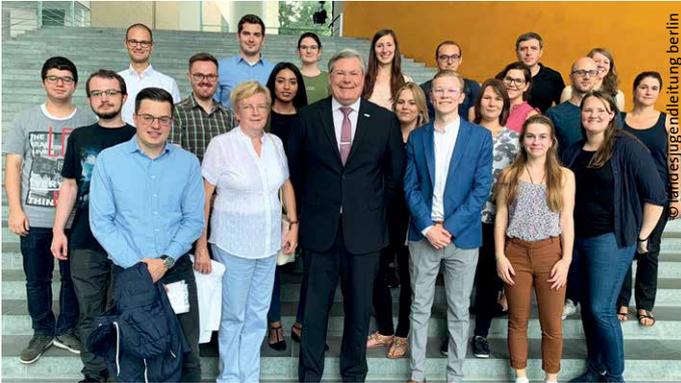
Zur Stärke des VBOB

Seit den Anfängen im Juni 1951 ist der VBOB stetig gewachsen. Von Bonn und seiner Ministerialverwaltung aus wuchs der Verband und erhielt Zuspruch bei den Beamtinnen und Beamten der nachgeordneten Geschäftsbereiche. Mit der Öffnung für die Arbeitnehmer 1974 wurde frühzeitig eine wegweisende Richtung eingeschlagen. Die Herstellung der deutschen Einheit und Erweiterung des Organisationsbereichs war eine weitere große Herausforderung, die von den Vertretern des VBOB und VBOVB, trotz einiger Aufwands und Abs, letztendlich erfolgreich gemeistert wurde. Der Einsatz für eine leistungsfähige Bundesverwaltung und die Belange seiner Beschäftigten dauert an.

rb

Besuch der dbb jugend berlin im Bundeskanzleramt

Am 6. August 2019 begrüßte das Bundeskanzleramt die Jugend des dbb berlin. Empfangen wurde die Gruppe herzlich vom Fachgruppenvorsitzenden des vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Herrn Olaf Lüdtkke.



Dieser begrüßte die Jugend im Namen der gesamten Fachgruppe des vbob im Bundeskanzleramt, hob noch einmal die gute Zusammenarbeit mit der dbb Landesjugend im Vorfeld hervor und

läutete mit ein paar Sätzen zum hohen Haus die Führung ein.

Das Kanzleramt liegt im sogenannten Band des Bundes, der das vereinte und demo-

kratische Deutschland widerspiegelt, und bietet eine außergewöhnliche Atmosphäre – außerhalb wie innerhalb des Gebäudes. Im Gebäudekomplex wurde schnell die durchdachte Raumaufteilung in Verbindung mit deren Arbeitsfähigkeit deutlich. Insbesondere übermittelten der Bankettsaal, die Pressezone und der Internationale Konferenzraum diesen Eindruck. Dazu findet sich auf der ersten Etage die Galerie der bisherigen Bundeskanzler.

Nach der Führung kam es zu einem Impulsvortrag zum Thema Digitalisierung im öffentlichen Dienst – das Augen-

merk lag hier auf konkreten Projekten. Der stellvertretende Referatsleiter des Referats Informationstechnik im Bundeskanzleramt, Herr Dr. Till Nierhoff, führte zum „Social Intranet“ aus.

Marcel Oehm, Landesjugendvorsitzender des dbb berlin, fasste abschließend nochmal die vielen Fragen zusammen und verwies auf die Bedeutung, die wir als Jugend, aber auch als Gewerkschaften insgesamt zur Mitgestaltung von hochpolitischen und zukunfts-tragenden Themen haben.

*Landesjugendleitung
dbb berlin*

Im Dialog

Alle Räder stehen still ...

... wenn der Deutsche Bundestag es will. Mit dem Bundeshaushalt legen die Abgeordneten fest, wie viel und wofür die Bundesregierung Geld ausgeben darf. Vor der Abstimmung zum Haushalt stehen die Beratungen und Verhandlungen. In diesem Verfahren sind auch die Vertreter der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob) für die Behörden der Bundesverwaltung aktiv.

Unmittelbar nach der Sommerpause tauchen die Abgeordneten mit der sogenannten Haushaltswoche wieder tief in das parlamentarische Geschehen ein. Bundesfinanzminister Olaf Scholz stellte dem Deutschen Bundestag den Haushaltsplan für das kommende Jahr vor. Im siebten Jahr in Folge wiederum ein Haushalt der ohne neue Schulden auskommt, spricht: die „schwarze Null“ schreibt.

10 An Versprechen erinnern

Für den vbob eine weitere Gelegenheit, die Politiker an ihr offenes Versprechen zu erinnern. Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte fordert die Bundesregierung auf, Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiederherzustellen und das Thema Wochenarbeitszeit nicht länger zu ignorieren. Die Beamtinnen und Beamten leisten seit 2004 ihren Solidarbeitrag zur Konsolidierung der Haushalte – eine Kompensation für die Betroffenen erfolgte nicht. Es ist lange überfällig, das seinerzeitige Versprechen, die Arbeitszeiterhöhung nach erfolgter Konsolidierung zurückzuführen, in die Tat umzusetzen.

Neue Herausforderungen angehen

Die Arbeitszeitthematik betrifft alle Beamtinnen und Beamten des Bundes. Im Rahmen der Gespräche mit den Haushaltspolitikern heben die vbob Vertreter darüber hinaus konkrete Anliegen einzelner Behörden auf die Agenda. Häufig treten die Fachgruppen an



> Die Gespräche mit den Haushältern Johannes Kahrs (MdB) ...

den Bundesvorstand heran und bitten um Unterstützung. Die aufgeworfenen Themen sind dabei sehr vielfältig. Spitzenreiter ist dabei eine angemessene, aufgabengerechte Personalausstattung.

Aufgabenaufwüchse im Bundesamt für Justiz oder dem Eisenbahn-Bundesamt, die vielfältigen Herausforderungen des digitalen Wandels für die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung als zentrale Bildungseinrichtung des Bundes, um nur einige Behörden zu nennen, bilden zurzeit die Schwerpunkte der Gespräche.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte steht für eine leistungsfähige und zukunftsorientierte Bundesverwaltung – nachhaltig und sicher in die digitale Zukunft. Eine Voraus-

Nach zwei Jahrzehnten linearer Stelleneinsparungen konnten dadurch einige der Versäumnisse im Personalhaushalt aufgefangen werden. Ein positives Signal waren und sind auch die neuen Stellen, um die sachgrundlosen Befristungen zu beenden.

„Faktoren wie die demografische Entwicklung oder Aufgabenzuwächse in verschiedenen Bundesbehörden mahnen uns jedoch bereits jetzt, dass die Haushälter auf keinen Fall in alte Muster verfallen dürfen“, erkläre die Vorsitzende der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Rita Berning, anlässlich der zahlreichen Gespräche mit Politikern und Behördenvertretern.

Die kommenden Haushalte werden zeigen, ob die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tatsächlich aus der Vergangenheit gelernt haben. Die Bundesverwaltung muss leistungsfähig und zukunfts-



> ... Martin Gerster (MdB) und ...

© vbob (2)



© Pressefoto eckhardt-rehberg

> ... Eckhardt Rehberg (MdB) waren ein erfolgreicher Einstieg.

orientiert aufgestellt sein, dafür bedarf es einer nachhaltigen Personalpolitik.

Verwaltungsarbeit benötigt Kontinuität und kein kurzzeitiges, in Wahlperioden denkendes Handeln.

■ **Leistungsfähiger Staat nur mit angemessener Ausstattung**

In den Gesprächen des vbob geht es nicht nur allein um Personalforderungen. Dem Sachhaushalt kommt ebenfalls eine große Bedeutung zu. Sei es bei der finanziellen Ausstattung für inzwischen häufig dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen, bei der Planung und Umset-

zung von Digitalisierungsprojekten und der Bereitstellung von Mitteln für die Qualifizierung der Beschäftigten für die Herausforderungen der Arbeit der Zukunft.

Der Bürger muss Vertrauen in den Staat und seine Leistungsfähigkeit haben, und elementare Faktoren für eine leistungsfähige Verwaltung sind eben die angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Behörden.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte unterstützt die Anliegen der Fachgruppen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld geht nichts. In den letzten Wochen fanden daher bereits zahlreiche persönliche oder telefonische Austausche statt, viele weitere werden noch folgen. Nähe ist unsere Stärke.

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte wird den Zeitraum bis zum 14. November 2019, dem Tag der Bereinigungssitzung, intensiv nutzen, um den Dialog mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses fortzusetzen. Das Haushaltsgesetz 2020 wird voraussichtlich Ende November endgültig verabschiedet.

rb

> Pensionärstreffen

Die Pensionäre und Rentner(innen) der Bonner Bundesbehörden treffen sich jeden 1. Dienstag im Monat um 14 Uhr im Casino des Bundesministeriums des Innern, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn.

Der nächste Termin: **5. November** (mit Vortrag der „Compass“-Pflegeberatung)

Die Kölner Ruheständler (Fachgruppe 23) des vbob Stammtisches treffen sich alle zwei Monate am 1. Dienstag um 16 Uhr im Bierhaus am Rhein, Frankenwerft 27, 50667 Köln.

Der nächste Termin: **3. Dezember**

Die in Frankfurt und Umgebung ansässigen Ruheständler treffen sich jeden letzten Dienstag im Monat um 16 Uhr in der Weinstube im Römer, Römerberg 19, 60311 Frankfurt.

Der nächste Termin: **29. Oktober**

Die in Berlin und Umgebung ansässigen Ruheständler treffen sich am **21. Oktober um 14.30 Uhr** im BMI Bundeshaus, Bundesallee 216–218, 10719 Berlin.